



# DIE ZEIT



Nr. 33 5. August 1977

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

32. Jahrgang, Preis 2,20 DM C 7451 C

## Wenn alles in Frage gestellt wird...

Gedanken zur Ermordung Jürgen Pontos

Von Marion Gräfin Dönhoff

Als kürzlich in der Millionen-Metropole New York der elektrische Strom schlagartig versagte und einige Stadtteile von entfesselten Horden in ein Inferno verwandelt wurden, war es, als werde plötzlich ein Vorhang beiseite geschoben und gäbe den Blick frei auf dunkle, sonst verborgene Seiten der menschlichen Existenz und unserer technischen Zivilisation.

Und noch einmal geschah das gleiche, als jetzt die Nachricht von der brutalen Ermordung Jürgen Pontos die Bundesbürger aus der Wochenendruhe aufschreckte. Auch in diesem Moment schien es, als werde wieder für Sekunden das Abgründige in unserer Gesellschaft blitzartig beleuchtet: Jene Besessenen, die ohne Gott, ohne Gesetz, ohne Liebe leben, die nur einem Hirngespinnst verpflichtet sind, das jedes Verbrechen rechtfertigt.

Von allen Terroristen-Taten ist dieser feige Judas-Mord wahrscheinlich der abgefeimteste und abscheulichste. Man fragt sich, wie wohl das Regime beschaffen sein würde, das diese Leute an die Stelle der heutigen Gesellschaft zu setzen bestrebt ist. Viele Menschen neigen heute dazu, die Gesellschaft für alles verantwortlich zu machen: Wer im Gefängnis sitzt, hat nicht selber schuld, die sozialen Umstände brachten ihn dorthin. Logischerweise müßte ja wohl der gleiche Sündenbock auch für die Terroristen verantwortlich sein.

Wie aber ist es möglich, daß die freieste Gesellschaft, die wir je hatten und die weiteste geistige Liberalität, die je bei uns zugelassen war,

lichen Prozesses, der auf Gewalt basiert, wie diese gesamte Gesellschaft auf dem Gewaltverhältnis von wenigen Kapitaleignern und vielen abhängigen Lohnarbeitern basiert. Das ist der alte Hitler-Trick, mit dem alle dem Menschen innewohnenden Sperrn entblockiert werden sollen: Wer dem verheißungsvollen Idealzustand im Wege steht, wird zum anonymen Stein des Anstoßes versacht, den zu beseitigen ein Verdienst ist — damals waren es die Juden, heute sind es die kapitalistischen Ausbeuter.

Verrückte gibt es überall, aber daß sie repräsentativ für die allgemeinen Studentenausschüsse, für den AStA als solchen, sprechen können, liegt doch allein daran, daß nur 25 bis 30 Prozent aller Studenten zu den Wahlen gehen. Von dieser Minderheit tritt dann eine knappe Mehrheit als Repräsentant auf. Die Gleichgültigen sind schuld, wir alle tragen Verantwortung.

Eine Gemeinschaft kann nicht ohne verbindende und verbindliche Grundüberzeugungen bestehen. Verfassung und Gesetz allein reichen nicht aus, es muß einen mindestens generellen Konsensus ethischen Bewußtseins der Bürger geben, anerkannte Regeln — Spielregeln — des Zusammenlebens.

Freiheit ja, soviel wie möglich, aber dennoch bestimmte Bindungen; Toleranz ja, aber nicht gegen Intoleranz; Eingrenzungen ja, aber nicht durch Vorschriften, sondern durch Einsicht; anti-autoritäre Erziehung ja, aber nicht Preisgabe aller Grundsätze und Auslieferung an die eigenen Aggressionen; Abschaffung der Repressionen ja, aber nicht um sie sogleich wieder durch neue zu ersetzen. Die derzeit gültige Repression ist die Achtung mit dem tödlichen Verdikt „reaktionär“, diesem Henkerbeil, mit dem die Todesstrafe an jenen exekutiert wird, die sich für Erhaltung gewisser Sperrn und Barrieren einsetzen, die das Gewissen und die überkommene Sitte fordern, durch die die Auflösung aller Werte verhindert werden.

Wer die Frage aufwirft, ob nicht vielleicht an der Relativierung des Tötens das Fernsehen mit schuld ist, weil es doch wohl nicht ohne Einfluß sein kann, wenn junge Menschen jeden Abend miterleben, wie ein halbes Dutzend Leute auf der Leinwand abgeknallt werden, und zwar meist von den Helden und nicht von den Scheusalen, dem wird entgegenget: „Wollen Sie sich vielleicht vorschreiben lassen, was Sie sehen dürfen und was nicht?“ Als ob wir heute sehen könnten, was wir sehen wollen. Heute sind es kommerzielle Erwägungen, die das Diktat ausüben: Nicht was dient der Gesellschaft, sondern was füllt den Geldbeutel der Produzenten — das ist das Entscheidende.

Es gibt ein dialektisches Gesetz der Gesellschaftsordnung. Jedes System gebiert auf lange Sicht seine Antithese. Das liegt an der Unfähigkeit der Menschen, Maß zu halten: Der autoritäre Staat, der alles regelt, anordnet, befiehlt, der die Freiheit und schließlich die Menschen selbst stranguliert, wird eines Tages zusammengeschlagen — wenn nicht von außen, wie einst der deutsche, dann schließlich von innen.

Der demokratische Staat, der glaubt, jedes Tabu brechen zu müssen, weil Freiheit nur ohne Grenzen bestehen könne, führt zunächst zur *permissive society*, in der schlechthin alles erlaubt ist, und allmählich dann zur Zersetzung jedweder Strukturen und Werte. Aus diesem die Majorität nicht befriedigenden Zustand erwächst schließlich das Bedürfnis nach einer neuen Ordnung, nach einem starken Mann.

Warum in aller Welt können wir Aufgeklärten, die wir diese Gesetzmäßigkeit begriffen haben, nicht den Mittelweg der Vernunft gehen? Man könnte heulen vor Zorn.



Mit Heimtücke

## Lichtblick in Nahost?

Nach bevor der amerikanische Außenminister Cyrus Vance zur Friedenssuche in den Nahen Osten aufgebrochen war, umzingelten syrische Truppen die Lager militanter Palästinenser im Libanon. Der syrische Aufmarsch setzte Zeichen: Seit Hussein 1970 die PLO-Armee am Jordan massakrierte und Assad sie 1976 im Libanon an die syrische Kandare genommen hat, sind die Palästinenser-Truppen kaum mehr als Heloten im nahöstlichen Kräftespiel.

Ihre politische Zähmung blieb nicht aus. Der Traum vom unabhängigen PLO-Staat ist vorläufig ausgeräumt. Keiner will ihn — weder Ägypten noch Syrien noch die Petrodollar-Potentaten im fernen Saudi-Arabien. Die staatliche Organisation der Palästinenser soll im Verbund mit Jordanien verwirklicht werden; nicht die PLO, sondern Hussein und das „palästinensische Volk“ sollen über die Zukunft der von Israel besetzten Westbank entscheiden.

Die Frage bleibt indessen, ob die Entmachtung der PLO die Israelis von einem Alptraum befreit. Die tödliche Bedrohung durch einen aggressiven PLO-Staat an ihrer verwundbarsten Grenze ist gebannt; ihre Herrschaft über die Westbank erscheint damit in einem anderen Licht. Werden die Israelis die Zeichen der Araber richtig deuten — im Sinne von Vance' Mission? j

## Arbeitslosigkeit - unlösbar?

Der Pessimismus verdrängt nüchterne Überlegungen / Von Michael Jungblut

Für dieses Jahr müssen wir alle Hoffnung fahren lassen: Das von der Bundesregierung anvisierte Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf 850 000 zu drücken, ist inzwischen unerreichbar. Die Rechnung könnte nur dann noch aufgehen, wenn die Arbeitslosenzahl im zweiten Halbjahr rapide sinken würde. Unglücklicherweise bewegt sie sich jedoch in die umgekehrte Richtung. Die Gefahr, daß die bald wieder die psychologisch bedeutsame Millionengrenze überschreitet, ist groß.

Da seit Monaten nur noch Hiobbotschaften vom Arbeitsmarkt kommen, hat die Nervosität in den Parteien, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden einen kritischen Punkt erreicht. Die Sorge — bei manchen gewiß auch die Hoffnung —, daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Dauerbelastung durch eine Massenarbeitslosigkeit nicht gewachsen sein könnte, nimmt zu. Die Hektik, mit der in den letzten Wochen Vorschläge und Patentrezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diskutiert und publiziert wurden, ist dafür ein Symptom.

Die meisten dieser Vorschläge gehen mehr oder minder deutlich von der Voraussetzung aus, daß mit marktwirtschaftlichen Mitteln allein (wenn überhaupt) eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung nicht mehr möglich ist. Sie alle sind geprägt von der Überzeugung, daß der gegenwärtige Mangel an Arbeitsplätzen ein Dauerproblem ist. „Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der nächsten Jahre dürfte nur knapp unter einer Million liegen“, heißt es düster in dem von der Perspektivkommission der FDP vorgelegten Programm.

Woher stammt eigentlich dieses Gewisheit? Wurde nicht vor wenigen Jahren noch darüber geklagt, daß die Überbeschäftigung die Wurzel allen Übels sei? Sah nicht die Bundesregierung vor nur vier Jahren ihre wichtigste Aufgabe darin, durch „die härteste Stabilisierungspolitik der Welt“ (Helmut Schmidt) Boom und Inflation zu bremsen? Die Ansicht, daß der Mangel an Arbeitskräften ein Erbübél der deutschen Wirtschaft sei, hat sich als gewaltiger Irrtum erwiesen. Doch seltsam! Es sind vielfach die gleichen Politiker und Experten, die diesem Irrtum damals erlegen sind, die uns heute einreden wollen, der Mangel

an Arbeitsplätzen sei ein chronischer Zustand, dem allenfalls dadurch beizukommen ist, daß der Staat massiv in den Wirtschaftsablauf eingreift oder die vorhandene Arbeit rationiert wie im Krieg die Butter. Die Beweise, die für diese These angeboten werden, halten jedoch einer nüchternen Prüfung kaum stand.

Krise der Marktwirtschaft? Was wir erleben, sind die Folgen einer unglückseligen Kombination weltwirtschaftlicher Ereignisse, auf die die deutsche Politik kaum Einfluß nehmen konnte, und eigener wirtschaftspolitischer Fehler: Die späte, dafür aber um so drastischere Aufwertung der Mark; eine abrupte Bremspolitik von Bundesregierung und Bundesbank; die schlagartige Erhöhung des Ölpreises, durch den allein die deutsche Ölrechnung um über dreißig Milliarden Mark pro Jahr verteuert wurde; wachsender Konkurrenzdruck für einige Branchen durch Billigimporte aus der Dritten Welt; eine Lohnpolitik, die auf all dies zuwenig Rücksicht nahm.

Die Folgen dieser Fehler und Ereignisse müssen wir heute ausbaden. Das bedeutet aber nicht, daß die Marktwirtschaft versagt hat. Sie hat sich im Gegenteil glänzend bewährt: Dadurch, daß der marktwirtschaftliche Mechanismus schneller als jede andere Wirtschaftsordnung Schwächen und Fehler offenlegt, ergibt sich zugleich die Chance einer raschen Korrektur. Dafür allerdings, daß Politiker, Gewerkschaften oder Unternehmer auf die Alarmsignale auch angemessen reagieren, gibt es keine Gewähr. Vergleichbare Industrieländer wie Frankreich, Großbritannien oder Italien, die von staatlichen Interventionen seit langem

mehr halten als von marktwirtschaftlichen Lösungen, haben in jeder Hinsicht schlechtere Ergebnisse vorzuweisen als die Bundesrepublik. Sättigung der Bedürfnisse? Auch wenn in einzelnen Bereichen ein gewisser Sättigungsgrad erreicht ist, so sind doch noch längst nicht alle Bedürfnisse befriedigt — bei uns nicht und schon gar nicht in der Dritten Welt. Rationalisierung, Strukturwandel? Leistungsfähigere Maschinen befreien die Erwerbstätigen von überflüssiger Arbeit, erlauben Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung. Ein Vierteljahrhundert lang wurde dies allgemein als Wohltat empfunden. Warum soll es plötzlich anders sein? Auch mit dem dadurch ausgelösten Strukturwandel am Arbeitsmarkt und dem durch preiswerte Importe erzwungenen Wandel der industriellen Struktur sind wir bis vor kurzem glänzend fertig geworden. Nichts — außer den eigenen Fehlern und ideologischer Verblendung — kann uns daran hindern, diese Aufgaben heute und morgen ebenso erfolgreich zu lösen wie in der Vergangenheit.

Mangel an Energie und Rohstoffen? Im Augenblick ist davon nichts zu spüren. Daher taugt dies auch nicht als Entschuldigung für die gegenwärtige Misere am Arbeitsmarkt. Ein Problem kann allerdings in absehbarer Zeit entstehen, wenn die Regierung das Feld weiterhin allein Bürgerinitia-

tiven, Chaoten und Sektierern überläßt. Die Nation hat einen Anspruch darauf, daß jetzt die Regierung wieder auf der energiepolitischen Bühne erscheint. Dies gilt um so mehr, als die Nuklear-Industrie zu den großen Zukunftsindustrien gehört, die dann für Arbeitsplätze und Exportaufträge sorgen müssen, wenn veraltete Technologien längst in die heutigen Entwicklungsländer ausgewandert sind.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wäre leichter zu bannen, wenn der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft in einem ähnlichen Tempo wie in früheren Jahren vollzogen, wenn Staat und Gewerkschaften dazu die notwendigen Signale setzen würden. Ein „Unternehmer mittlerer Tüchtigkeit“ müßte wieder darauf vertrauen können, daß Lohnforderungen und die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben sich in einem Rahmen halten, der das Risiko von Investitionen wieder kalkulierbar macht — so wie dies bis Anfang der siebziger Jahre der Fall war. Abschreibungserleichterungen müßten dafür sorgen, daß



MUR

genügend Mittel für Investitionen bereitstehen; eine weniger bürokratische Forschungspolitik sollte die Suche nach neuen Produkten und Verfahren auch bei den mittleren und kleinen Unternehmen stärker fördern.

Der innere Zustand der Koalitionsfraktionen gibt allerdings wenig Grund zu der Hoffnung, daß ein solches — in seinen Grundzügen simples — Programm politisch durchgesetzt werden könnte. Nicht die Frage nach dem größtmöglichen Erfolg, sondern nach der „sozialen Ausgewogenheit“ einer Politik ist heute zum entscheidenden Kriterium geworden. Doch hinter dieser Forderung steckt soviel Logik wie hinter dem Versuch, ein Auto durch Gasgeben zu beschleunigen, gleichzeitig aber aus Sicherheitsgründen auf die Bremse zu treten. Gewiß muß jede Regierung eine sozial ausgewogene Politik anstreben. Aber die sozialste Politik, die Regierung und Gewerkschaften zur Zeit treiben können, muß auf einen möglichst raschen Abbau der Arbeitslosigkeit gerichtet sein. Sozial in diesem Sinne sind daher auch Maßnahmen, die zunächst allein die Unternehmen zu begünstigen scheinen.

Wenn die Regierung heute nicht mehr in der Lage sein sollte, eine solche Politik durchzusetzen, dann — und nur dann — müssen wir uns wohl damit abfinden, daß die Krankheit verschleppt und schließlich chronisch wird.

### Bilanz des Terrors

In den Jahren zwischen 1970 und 1977 (Stand Juli) starben durch terroristische Gewaltakte 17 Personen. Unter ihnen waren vier Polizisten, vier Angehörige der Justiz, zwei Mitglieder des diplomatischen Dienstes. 102 Bundesbürger wurden Opfer von Mordversuchen. Es gab in dieser Zeit 90 Verletzte durch Sprengstoffanschläge und Schießereien.

Justiz und Polizei hatten in dieser Zeit folgende Erfolge: 130 Personen wurden rechtskräftig verurteilt, davon 65, die zwischen zwei und 15 Jahren Haft bekamen. Gegen 92 Bundesbürger wurde Anklage erhoben. Es laufen 240 Ermittlungsverfahren.

daß ausgerechnet sie immer neue Gruppen von Terroristen produzieren? Ja, daß, wie Hannarenate Laurien, die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, neulich klagte, Kinder sich untereinander in des Wortes wirklicher Bedeutung terrorisieren und erpressen; daß Kinder auf dem Schulweg nicht verprügelt, sondern zusammengeschlagen werden? Unbegreiflich ist auch die Tatsache, daß die meisten jener Terroristen, soziologisch gesehen, den oberen Klassen zuzurechnen sind. Sollten Wohlstand, Langeweile, das Fehlen spezifischer Anforderungen und jeglicher Grenzen im Materiellen und oft genug auch im Moralischen eine Rolle dabei spielen?

Wahrscheinlich hat auch die vorangegangene Epoche etwas damit zu tun: der Verschieß an Autorität, der in der Nazizeit getrieben wurde, der Nachholbedarf an Widerstand, der dadurch entstanden ist und das Bedürfnis, alles in Frage zu stellen; und sicherlich trägt auch unser aller rasche Anpassung an die veränderten moralischen Maßstäbe zum allmählichen Abgleiten bei. Wie schnell haben wir alle die neue Wirklichkeit adaptiert!

Wie war man aufgebracht über die ersten Flugzeugentführungen. Jetzt liest man die Berichte schon kaum noch. Wie hat man sich erregt über Stachelndraht und martialische Befestigungen in unseren Städten und darüber, daß es notwendig wurde, Politiker und offizielle Persönlichkeiten ständig und überall durch handfeste Gesellen schützen zu lassen, wie dies bisher nur bei den Mafia-Bossen üblich war. Inzwischen hat man sich an dies alles gewöhnt — es ist zur Selbstverständlichkeit geworden.

Ohne daß wir es recht bemerkt haben, sind Grenzen verwischt, Kategorien vertauscht worden. Grauzonen sind entstanden. Juristen wie Klaus Croissant und Siegfried Haag, die Anwälte des Rechtes sein sollten, sind zu Assistenten der Verbrecher geworden; allgemeine Studentenausschüsse nannten den Mord an Generalbundesanwalt Buback „Hinrichtung“. Terroristen, inspiriert durch die Genfer Verhandlungen, bezeichnen ihre Kumpels als „Kriegsgefangene“. Und 28 evangelische Theologiestudenten schrieben seinerzeit anerkennende Worte an den mutmaßlichen Buback-Mörder Sonnenberg und schickten ihm 28 rote Rosen — deutlicher kann sich die Verwirrung der Geister kaum manifestieren.

Als die zuständigen Theologie-Professoren voller Entsetzen dieser Einstellung entgegentraten, erklärte der Tübinger AStA, Sonnenberg und der verletzte Polizeibeamte seien austauschbar; sie seien „beide Opfer ein und desselben gesellschaft-

## DIESE WOCHE

Politik	1-7
Politische Woche	8
Politisches Buch	9
Impressum	10, 44
Länderspiegel	11-12
Reise	13-15
Themen der Zeit	16
Wirtschaft	17-25
Berufe	26-32
Feuilleton	33-37
Literatur	38
Kinder- und Jugendbücher	39
Kritik und Information	40
Leserbriefe	44
Wissenschaft	45
Modernes Leben	41-43, 47-48

**19 Hunderttausend Drückeberger?**  
Gerhard Ahl: Warum es schwierig ist, die schwarzen Schafe unter den Arbeitslosen auszusondern

**33 „Ich habe mitgelogen“**  
Fritz J. Raddatz über den „Bild-Reporter“ Günter Wallraff

**34 Scham und Ekel**  
Wim Wenders: Eine Polemik gegen Fests Hitler-Film

**48 Der Fall Sacco und Vanzetti**  
Horst Bieber: 50 Jahre nach der Hinrichtung wird das Urteil wieder diskutiert

**magazin**

**Kuß mich, Käthchen**  
Mit seiner literarischen Symbolfigur mehr Heilbronn sein Image und die Geschäftswelt den Umsatz. Der Käthchen-Rummel nimmt im Kleist-Jahr geradezu groteske Formen an.